Abg. Eichner erinnerte an den Beschluss zum Antrag seiner Fraktion vom 25.01.13 „Soziale Arbeit im Quartier“, mit dem schon 10.000,- € für die soziale Versorgungsstruktur im Kreisgebiet zur Verfügung gestellt worden seien. Er begrüßte daher die derzeitigen Bestrebungen und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass der Rhein-Sieg-Kreis den Zuschlag für den ausgeschriebenen BMBF-Wettbewerb und die damit verbundene finanzielle Förderung erhalte und das Konzept, soweit es sich erfolgreich zeige, auf den ganzen Rhein-Sieg-Kreis ausgeweitet werden könne.

Auf die Frage der SkB Wiechert, wie viel BMBF-Fördermittel jedes ausgewählte Projekt erhalte, erklärte die Verwaltung, dass das Gesamtfördervolumen bei rund 5 Mio. Euro liege, sich die Fördersumme für das HRCB-Teilprojekt SONORIS jedoch auf einen Betrag von 1.750.000,- € belaufe. Wiederum ein Teil davon sei der Antrag INOVOS, den kivi gestellt habe, mit einem Fördervolumen von rund 555.000,- €.

Abg. Deussen-Dopstadt, Abg. Cáceres-Ayllón und Abg. Kunert baten, den Mitgliedern ausreichend Zeit zu geben, die Vorbereitungsfinanzierung zum vorgestellten Projekt vor Beschlussfassung in den Fraktionen zu diskutieren, und die Entscheidung in die nächste Kreisausschusssitzung zu verlegen. Abg. Deussen-Dopstadt fragte zudem nach den Deckungsmitteln für das Projekt und erkundigte sich danach, warum die Haushaltsmittel der Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern bisher nicht abgerufen worden seien. Ltd. KMD Dr. Ehrich führte hierzu aus, dass der zeitliche Unterschied zwischen Bereitstellung der Mittel für die Hilfen Anfang des Jahres und dem Abschluss der Vertragsverhandlungen Mitte des Jahres dazu geführt hätten, dass die Mittel erst ab Mitte 2013 verwendet werden konnten. Ltd. KVD Liermann ergänzte, es handele sich bei der Vorbereitungsfinanzierung nicht um eine laufende Finanzierung des Projektes, sondern um eine einmalige Aktion, mit der die intensiven Vorarbeiten des Vereins „kivi“ und die bereits angefallenen Personalkosten abgedeckt werden sollten.

SkB Bruch erkundigte sich danach, ob im Rahmen der Projektplanung die Wohlfahrtsverbände nach ihrem Interesse an einer Beteiligung gefragt worden seien. Dies wurde von Ltd. KMD Dr. Ehrich und Ltd. KVD Liermann bestätigt. Die Wohlfahrtsverbände hätten bereits in einem frühen Stadium an den Besprechungen hierzu teilgenommen.

Abg. Herchenbach-Herweg interessierte sich dafür, ob es eine finanzielle Beteiligung der Kommunen an dem Projekt gebe und eine Verschiebung der Entscheidung in den Kreisausschuss eventuell auch eine Verschiebung des Projektbeginns zur Folge haben könnte.

Ltd. KVD Liermann stellte klar, dass die Frage der Vorfinanzierung keinen Einfluss auf den zeitlichen Ablauf des Projektes habe. Er empfahl dem Ausschuss, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses am 12.11.13 bzw. in der nächsten Sitzung des Behindertenausschusses am 04.11.13 zu behandeln. Die benötigten Mittel seien im Haushalt bereits veranschlagt und lediglich mit einem Sperrvermerk zu Gunsten des Sozialausschusses versehen. Ein formeller Beschluss weiterer Gremien sei daher nicht erforderlich. Ltd. KMD Dr. Ehrich führte ergänzend aus, dass eine Beteiligung während der Projektphase ausschließlich über die Bereitstellung von Personalstunden erfolge, so dass keine Geldmittel fließen würden.

Abg. Döhl forderte, ebenfalls den Finanzausschuss zu beteiligen, weil im Personalbereich Folgekosten in Höhe von rund 450.000,- € (25 % der Fördermittel) entstünden, wenn der Rhein-Sieg-Kreis den Wettbewerbszuschlag erhalte. Er sprach

sein Befremden darüber aus, dass diese Kosten bei den letzten Haushaltsberatungen nicht thematisiert wurden, obwohl zu diesem Zeitpunkt das Projekt bekannt gewesen sei und die Finanzierungsfrage durchaus im Raum gestanden hätte. Abg. Neuber und Abg. Cáceres-Ayllón schlossen sich der Forderung an, den Finanzausschuss damit zu befassen. Hierauf wandte Ltd. KVD Liermann ein, es sei zu überlegen, ob nicht der Personaleinsatz zum Geschäft der laufenden Verwaltung gehöre und dem Landrat im Rahmen seiner Organisations- und Gestaltungshoheit obliege. Zur Durchführung dieses Projektes werde gerade nicht mehr Personal benötigt und gefordert. Es sei abzuwarten, welche Gestaltungsmöglichkeiten sich im Rahmen des in den Haushaltsberatungen zur Verfügung gestellten Personalbudgets ergeben würden. Es dürfe auch nicht vergessen werden, dass sich die Erfolgsaussichten des Projektes nach Überwindung verschiedener Hürden erst sukzessive herausgebildet hätten.

Die Vorsitzende stellte fest, dass das vorgestellte Projekt von den Mitgliedern allgemein positiv aufgenommen worden sei. Es bestehe jedoch Einvernehmen darüber, dass vorerst kein Beschluss gefasst, die Thematik zunächst in den Fraktionen beraten und danach entschieden werde, ob auch der Finanzausschuss zu beteiligen sei oder ob eine Beratung in den nächsten Sitzungen des Sozialausschusses und des Behindertenausschusses stattfinde.